Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeistern, Amtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 20 | Freitag, den 20. Januar | Jahrgang 1928

Nach dreitägiger Redeschlacht

Mit dem Ergebnis der Länderkonferenz zeigt man sich in Regierungskreisen durchaus zufrieden. In andern Kreisen teilt man diese Zufriedenheit nicht. Man weist auf das unbestreitbar magere Resultat hin, das in den dreitägigen Beratungen herausgekommen ist, und fragt spöttisch, ob deshalb hundert Ministerpräsidenten, Minister, Staatsräte und andere hohe Tiere nach Berlin hätten kommen müssen.

In der Tat: Von den Reden, die da gehalten und mit erstaunlicher Langsamkeit der Presse und durch sie der Oeffentlichkeit übermittelt worden sind, brachte keine eine Ueberraschung. Jeder der Referenten hat genau so gesprochen, wie jeder, der nur einigermaßen mit dem Problem der Verfassungsreform und dem Standpunkt der Parteien zu ihm vertraut ist, es sich vorher sagen konnte. Daß der bayrische Ministerpräsident Held für die Eigenstaatlichkeit der Länder und gegen den Uebergang von Ländern in Reichsverwaltung Stellung nehmen würde, wußte man genau so vorher, wie man voraussetzen mußte, daß der preußische Ministerpräsident Dr. Braun für den Einheitsstaat plaidieren und, sofern er noch nicht zu erreichen, gegen die Schwächung Preußens auftreten würde. Keine Ueberraschung war es auch, daß der deutschnationale württembergische Staatspräsident Bazille der Konferenz etwas von den Vorzügen der Bismarckschen Reichsschöpfung vorschwärmen und die Rückwärtsrevidierung der Weimarer Verfassung in diesem Sinne empfehlen würde. Und schließlich war es selbstverständlich, daß man einem Ausschuß die weitere Vorarbeit übertragen und mit einer Kundgebung ans Volk der Reden schönes Spiel beenden würde, wobei man allerdings nicht erwarten konnte, daß ein ganzer Tag draufgehen würde, bis man sich über die Formulierung und Verklausulierung der Tatsache geeinigt hätte, daß keine Uebereinstimmung zu erzielen war, ob die notwendige Verfassungsreform die unitarischen oder die föderativen Kräfte stärken oder ob sie in einer mittleren Lösung gefunden werden solle.

Daß der achtzehnköpfige Ausschuß den gordischen Knoten lösen wird, dünkt uns wenig wahrscheinlich. Nicht minder, daß es auf dem empfohlenen Wege freier Vereinbarung in absehbarer Zeit gelingen wird, die bestehenden zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven aufzulösen. Diese freien Vereinbarungen würden Staatsverträge sein. Erfahrungsgemäß kommt aber leichter ein Vertrag des Deutschen Reiches mit einer auswärtigen Macht zustande, als daß sich zwei deutsche Länder über den Austausch von Bumsdorf und Dummsdorf einigen oder gar daß ein deutsches Land einen unbewohnten Gebietsfetzen an ein anderes abtreten würde. Tempo kommt in eine solche Sache bei uns immer erst, wenn uns vom Auslande oder von dem Reparationsagenten Feuer unter den Frack gelegt wird. Von den Ländern her ist überhaupt in der Verfassungsfrage kaum ein wesentlicher Fortschritt zu erwarten. Die gleich geringe Hoffnung muß man freilich auf den jetzigen altersschwachen Reichstag setzen. Der kommt am Ende seine Tage sicherlich nicht mehr dazu, diese große Frage zur Entscheidung zu bringen.

Trösten wir uns daher aufs Jahr 1929, wo hoffentlich das neugewählte Parlament in jugendfrischer Initiative an die Sache herangehen und zu Wege bringen wird, worum seit Jahr und Tag und seit Monaten besonders intensiv die öffentliche Debatte geht. Daß der von der Länderkonferenz eingesetzte Ausschuß gute Vorarbeit leisten kann, soll nicht bestritten werden. Jedenfalls möchten wir es wünschen. Ebenso wird man dem zweiten auf der Länderkonferenz eingesetzten Ausschuß, dem Sparausschuß, gern die besten Wünsche mit auf den Weg geben. Worte über das, was notwendig ist, sind nunmehr genug gewechselt, jetzt harren wir der Taten. Aber weiß Gott, wann der Chronist sie wird in sein Tagebuch eintragen können.

*

Mageres Ergebnis und nur mit Mühe erreicht.

)!(Berlin, 19. Jan. Nachdem die Länderkonferenz gestern abend zu Ende gegangen ist, wurden heute bereits die ersten Schritte zur Durchführung der Beschlüsse getan, die in der bekannten Verlautbarung der Konferenz niedergelegt worden sind. Die Reichsregierung hat die Länder heute aufgefordert, ihre Vertreter für den Achtzehner-Ausschuß zu benennen. Die Reichsregierung wird die Mitglieder des Ausschusses, die sie zu entsenden beabsichtigt, ebenfalls in den nächsten Tagen nominieren. Voraussichtlich werden außer dem Reichskanzler, dessen Stellvertreter der Vizekanzler und Reichsjustizminister sein wird, noch drei Reichsminister dem Ausschuß angehören, darunter voraussichtlich der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister. Dazu kommt weiter der Reichssparkommissar. Außerdem wird an die Zuziehung eines Historikers und eines Staatsrechtlers gedacht, sodaß dann noch zwei Posten offen bleiben, die wahrscheinlich mit Sachverständigen für wichtige Spezialfragen besetzt werden. In Kreisen der Reichsregierung rechnet man damit, daß vielleicht schon Ende nächster Woche die Einladungen zu der ersten Sitzung der Kommission erfolgen können. In den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen sieht man die Bildung dieses Achtzehner-Ausschusses als wesentlichstes Ergebnis der Konferenz an. Man betont, daß selbst die föderalistisch eingestellten Ländervertreter diesen Ausschuß keineswegs als eine Stätte auffaßten, wo die weitere Entwicklung begraben werden kann, vielmehr rechnet man damit, daß der Ausschuß schnelle und positive Arbeit leisten wird. Seine Bedeutung geht schon daraus hervor, daß er in der Schlußsitzung der Länderkonferenz der umstrittenste Gegenstand war. Die Länder hatten bekanntlich vorgeschlagen, alles dem Verfassungsausschuß des Reichsrates zu überlassen, unter Umständen unter Zuziehung einiger Vertreter der Reichsregierung. Hiermit erklärte sich aber eine einflußreiche Reichsseite nicht einverstanden, sodaß es zu einem schweren Konflikt mit den Ländern kam. Die Sitzung wurde alsdann um 1½ Stunden unterbrochen, während dessen das Reichskabinett zusammentrat, um einen Ausweg zu suchen. Wir haben Grund die Möglichkeit der Zurückziehung der volksparteilichen Minister angekündigt worden ist für den Fall, daß die Angelegenheit tatsächlich dem Verfassungsausschuß des Reichsrates und damit den Ländern allein überlassen würde. Darauf kam dann die Lösung zustande, die zu der Einsetzung des Achtzehner-Ausschusses führte, von dem man nunmehr eine erfolgreiche Weiterentwicklung der zur Debatte stehenden Probleme erwartet.

Erledigung des Zwischenfalles Marx - Stegerwald.

Stegerwald versöhnt.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: Berlin, 19. Januar. (Drahtb.)

Die Verhandlungen über die in der Zentrumspartei entstandenen Schwierigkeiten wurden in der heutigen Sitzung des Vorstandes der Reichstagsfraktion des Zentrums mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

1. Der in der Presse wiedergegebene Brief des Parteivorsitzenden Dr. Marx vom 19. Dezember 1927 war eine vertrauliche Privatäußerung, die irrtümlich von dritter Seite ohne Autorisierung des Empfängers veröffentlicht worden ist.

2. Der Brief war eine Antwort auf eine Beschwerde des geschäftsführenden Ausschusses des kath. Lehrerverbandes vom 12. Dezember 1927 und bezweckte die Beruhigung erregter Lehrerkreise über in der „Nordischen Volkszeitung" ebenfalls gegen den Willen des Verfassers veröffentlichte private Aeußerungen Dr. Stegerwalds zur Frage der Wartestandsbeamten. Eine beiderseits beabsichtigte Aussprache zwischen Marx und Stegerwald war leider durch die in den letzten Tagen vor der Weihnachtspause sich häufenden parlamentarischen Arbeiten verhindert worden.

3. Die in den Worten „unbegründet" und „unsachlich" enthaltene Kritik des Parteivorsitzenden bezog sich auf die von Dr. Stegerwald referierend wiedergegebenen Aeußerungen Dritter über einen Teil der Wartestandsbeamten. Sie richteten sich keineswegs gegen die Stellungnahme Stegerwalds zur Besoldungsfrage überhaupt.

4. Dr. Marx erkennt an, daß Dr. Stegerwald in seiner Reichstagsrede vom 13. Dezember 1927 und in seiner Rede in einer Berliner Zentrumsversammlung am 21. Dezember 1927 die erforderlichen Aufklärungen gegeben hat. Beide Kundgebungen sind erst nachträglich zur vollen Kenntnis des Parteivorsitzenden gelangt.

5. Dr. Marx legt besonderen Wert auf die Erklärung, daß er sich mit Entschiedenheit gegen die Annahme verwehrt, er habe die Worte „Stegerwald und einige Gewerkschaftssekretäre" in geringschätzigem Sinne gebraucht. Bei seiner grundsätzlichen Einstellung zur christlichen Arbeiterbewegung und bei dem Achtungs- und Vertrauensverhältnis, in dem er seit vielen Jahren zu den christlichen Gewerkschaften stehe, sei derartiges völlig ausgeschlossen. Er bedauere, daß eine solche Annahme habe aufkommen können.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages ist der Ansicht, daß nach dieser Aufklärung der Zusammenhänge die Angelegenheit als erledigt betrachtet werden muß.

Um den Vorgängen auch jede persönliche Spitze zu nehmen hat der Parteivorsitzende Marx nachfolgenden Brief an Stegerwald gerichtet:

Sehr verehrter Herr Kollege!

Nachdem in den Beratungen des Vorstandes unserer Fraktion die bedauernswerten Mißverständnisse zwischen uns aufgeräumt sind, drängt es mich, Ihnen von Herzen dafür zu danken, daß Sie mitgeholfen haben, den Weg der Verständigung zu finden. Sie dürfen versichert sein, daß ich nicht daran gedacht habe, Ihnen durch den bekannten Brief kränkende Vorwürfe zu machen, umso weniger als wir seit Jahr und Tag an der Spitze der Partei große politische Verantwortung miteinander getragen haben. Ich wünsche nichts sehnlicher, als daß Sie auch weiterhin mit Ihrem Rat und Ihrer Erfahrung, gestützt auf Ihre engste Fühlung mit der christlichen Arbeiterschaft, gemeinsam mit uns die großen sozial- und staatspolitischen Aufgaben mit Ihrer bisherigen führenden Stellung lösen helfen.

Bei dieser Gelegenheit habe ich mit tiefem Bedauern festgestellt, daß meine soziale Gesinnung in Zweifel gezogen wurde. Ich vertrete den Gedanken der Volksgemeinschaft und die sozialen Grundsätze unserer Partei unentwegt und bleibe festen Willens, den Aufstieg der Arbeiterschaft in jeder Hinsicht rechtlich und praktisch zu fördern.

Mit kollegialen Grüßen gez. Dr. Marx."

Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Geßlers Rücktrittsgesuch genehmigt.

)!(Berlin, 19. Jan. **Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag vom Amte des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.**

*

Der dritte Reichswehrminister

Wilhelm Groener, der dritte Reichswehrminister der Republik, ist zugleich der erste vom „Fach". Sowohl Noske als auch Geßler waren militärische Laien und mußten sich in ein für sie völlig neues Gebiet einarbeiten. Man muß es besonders dem letzteren zugute halten, daß er diese schwierige Aufgabe mit großem Geschick bewältigt hat. Der neue Reichswehrminister ist einer der bekanntesten deutschen Generale, der sich in und auch nach dem Weltkriege auf verschiedenen Gebieten große Verdienste erworben hat. Erst kürzlich, am 22. November, vollendete er sein 60. Lebensjahr. Daß er aus politischen und militärischen Gründen zum Nachfolger Geßlers besonders qualifiziert ist, wurde hier schon am vergangenen Sonntag betont. Es braucht kaum hinzugefügt zu werden, daß die Ernennung Groeners deshalb als entschieden beste Lösung angesehen werden muß, die gefunden werden konnte.

Groener ist der Sohn eines württembergischen Zahlmeisters. Nach bestandener Reifeprüfung trat er im Herbst 1884 bei dem Infanterie-Regiment Nr. 121 in Ludwigsburg ein, rückte im September 1886 zum Leutnant auf und wurde 1897 nach dem Besuch der Kriegsakademie zur Dienstleistung beim Großen Generalstab kommandiert. Zwei Jahre später wurde er als Hauptmann in die Eisenbahn-Abteilung des Generalstabes versetzt, der er seit dem Jahre 1912 als Chef mit Unterbrechungen bis zum Jahre 1916 angehörte. Zwischendurch war er zwei Jahre Kompagniechef beim 98. Infanterie-Regiment in Metz, tat dann Dienst als Generalstabsoffizier beim Generalkommando des 13. (württembergischen) Armeekorps in Stuttgart und befehligte dann ein Bataillon im 120. Infanterie-Regiment.

Als Chef des Feldeisenbahnwesens war er bei Ausbruch des Krieges eine außerordentlich wichtige Persönlichkeit. Seine Leistungen in dieser Zeit wurden allseitig als glänzend anerkannt. Er wurde weiterhin im September 1914 Oberst, im Juni 1915 Generalmajor und im Mai 1916 militärischer Vorstand des neugeschaffenen Kriegsernährungsamtes unter Beibehaltung seiner bisherigen Tätigkeit. Als eine neue Organisationsarbeit von größter Bedeutung im Herbst 1916 sich aufdrängte, da war es wieder Groener, der zu ihrer Bewältigung herbeigezogen wurde. Er trat Ende Oktober an die Spitze des neugeschaffenen Kriegsamtes, das die ganze heimische Arbeit personell und materiell organisieren, das wirtschaftliche Hindenburg-Programm durchführen sollte; gleichzeitig wurde er Generalleutnant. Er hat das Hilfsdienstgesetz dem Reichstag gegenüber vertreten, dessen besonderes Vertrauen er genoß, und durch sein persönliches Eingreifen hat er viel zur raschen Beendigung des Streiks der Berliner Munitionsarbeiter im Frühjahr 1917 und zur Beruhigung der Arbeiterschaft beigetragen.

Im Sommer 1917 trat er als Leiter des Kriegsamtes zurück und übernahm die Führung, zuerst der 33. Division, dann des 25. Reservekorps auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Im März 1918 wurde er zur Neuorganisierung des Eisenbahnwesens und des Abtransportes von Lebensmitteln in die Ukraine geschickt. Er nahm am Vormarsch der Heeresgruppe Eichhorn in der Ukraine teil, erhielt sodann den Posten als Chef der Heeresgruppe, auf dem er hervorragenden Anteil an den schwierigen Aufgaben des deutschen Oberkommandos in der Ukraine hatte, und wurde im Oktober 1918 als Nachfolger Ludendorffs zum Ersten Generalquartiermeister ernannt. Als solcher hatte er das schwere Los, nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 den Rückmarsch des deutschen Heeres zu leiten. Er behielt das Amt auch nach der Revolution bei. Am 25. Juli 1919 wurde er Befehlshaber der Kommandostelle Kolberg, aber am 16. Oktober 1919 ließ er sich mit dem Abbau der letzten feldmäßigen Formationen zur Disposition stellen.

Während des Kapp-Putsches im März 1920 trat er der Bewegung entgegen. Im Juni 1920 bei der Regierungsneubildung nach den Reichstagswahlen wurde er Reichsverkehrsminister im Kabinett Fehrenbach. In gleicher Eigenschaft gehörte er auch den beiden folgenden Kabinetten Wirth an, wo er insbesondere mit der Beilegung des großen Eisenbahnerstreiks im Februar 1922 befaßt war. Auch in dem Kabinett Cuno blieb er Verkehrsminister. Nach dessen Rücktritt im August 1923 schied auch er aus seinem Amt.

Die Rolle, die Groener am 9. November 1918 in Spaa bei den Besprechungen über die Haltung des Kaisers spielte, ist besonders heftig umstritten worden. Insbesondere der frühere deutsche Kronprinz hat schwere Anschuldigungen in seinen „Erinnerungen" gegen ihn erhoben. Die gleichen Anschuldigungen hatte vorher General Graf Waldersee gegen ihn erhoben. Dies führte im Frühjahr 1922 zu dem Spruch eines freiwilligen Ehrengerichts, den Groener selbst erbeten hatte. Dem Ehrengericht gehörten u. a. an: v. Boehn, Generaloberst, v Kuhl, General der Infanterie a. D., Ziethen, Generalleutnant a. D., v. Hülsen, Generalmajor, Graf Fink von Finkenstein, Generalleutnant a. D. v. Eisenhardt Rothe. Die hauptsächlichsten Punkte dieses Urteils stellen fest:

„Das Ehrengericht ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von Generalmajor Graf Waldersee gegen die Gesinnung und Beweggründe des Generalleutnants Groener erhobenen Anklagen ungerechtfertigt sind, und daß Generalleutnant Groener unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt und durch sein Verhalten und seine Maßnahmen dem Vaterland am besten zu dienen geglaubt hat."

Groener gehört, soviel wir wissen, keiner Partei an. Seiner politischen Anschauung wird man aber wohl gerecht, wenn man von ihm sagt, er sei gemäßigter Demokrat. Jedenfalls ist er ein Mann, der wiederholt bewiesen hat, daß er einen klaren Verstand und das Herz auf dem rechten Fleck hat. Zahlreiche Ehren sind ihm zuteil geworden. So ernannte ihn die philosophische Fakultät der Universität Berlin und die Technische Hochschule in Stuttgart zum Dr. h. c., und seine Vaterstadt Ludwigsburg verlieh ihm das Ehrenbürgerrecht. Groener hat sich auch als Schriftsteller aufs beste bewährt. Sein vor einigen Monaten erschienenes Werk „Das Testament des Grafen Schlieffen" gehört zu den glänzendsten Büchern über den Weltkrieg.

In seiner Eigenschaft als erprobter militärischer Fachmann und als früherer Minister, dem Verwaltungsaufgaben vertraut sind, bietet Groener die beste Gewähr für eine erfolgreiche objektive Erfüllung seiner schweren Aufgabe. Sehr wesentlich ist auch, daß er ein in allen Parteilagern angesehener Mann ist. Gerade beliebt ist er allerdings bei den Deutschnationalen nicht. Aber sie nehmen ihn hin. Die Linke, deren beliebteste Angriffsfläche das Wehrministerium ist, steht ihm nicht mißtrauisch gegenüber, und das ist nicht ohne Bedeutung.

*

Die Entscheidung des Reichspräsidenten.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 19. Jan. (Drahtb.)

Nach allem ungewissen Hin und Her wurde die Oeffentlichkeit, soweit ihr die Schleusen der neuesten politischen Nachrichten zugänglich waren, am Donnerstag 2 Uhr nachmittags durch die Meldung überrascht, daß man sich in den maßgebenden Kreisen nunmehr doch für eine endgültige Regelung der Wiederbesetzung des Reichswehrministerpostens entschieden habe. Das Rennen hat General Gröner gemacht, der ja schon am Mittwoch als Hauptfavorit gegolten hatte. Es ist nicht ohne politische Pikanterie, daß die Meldung von der Ernennung Gröners mitten in die Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei hineinplatzte, die sich eben ihren Kopf darüber zerbrach, welcher Mann — natürlich aus ihren Reihen! — für dieses Amt vorzuschlagen wäre. Die Berufung Gröners zeigt, daß sich Reichspräsident von Hindenburg wenig um parteipolitischen Kuhhandel bemüht, sondern seine Entschließungen nach bestem Wissen und Gewissen trifft, wenn er dazu im Rahmen der ihm zustehenden Befugnisse berechtigt ist. Wir stehen nicht an zu erklären, daß dieser entschlossene Schritt durchaus unseren Beifall findet. Mit der Entscheidung des Reichspräsidenten, die selbstverständlich im engsten Einvernehmen mit dem Reichskanzler erfolgte, ist wenigstens wochenlangem parteipolitischem Gezänke Tür und Tor vorgeriegelt.

Der mannhafte Entschluß des Reichspräsidenten, dem ganzen Streit ein Ende zu machen, scheint sehr nützlich gewirkt zu haben. Wenn man in den Kreisen der Deutschen Volkspartei verblüfft war und im deutschnationalen Lager verärgert war, — man sucht die Verstimmung doch nach Möglichkeit zu unterdrücken. Sogar die deutschnationale Berliner „Nachtausgabe" hat sich mit dem Gang der Dinge einigermaßen abgefunden und tröstet sich in dem Bewußtsein, daß „General Gröner die Reichswehr im Sinne des Reichspräsidenten führen werde." Auch die „Kreuzzeitung" ist bemüht, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Die Resignation der Rechten geht vor allem aus folgender Verlautbarung der deutschnationalen Pressestelle hervor:

„Wenn in der Presse verbreitet wird, die Parteiführer hätten sich mit der Ernennung des Generals Gröner zum Reichswehrminister einverstanden erklärt, so trifft das für die Deutschnationale Volkspartei nicht zu. Es sind Bedenken politischer Art geltend gemacht worden. Die Ernennung erfolgte aber nach der Verfassung durch den Herrn Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers. Die Deutschnational-Reichstagsfraktion erkennt das Recht des Herrn Reichspräsidenten, gerade auf dem Gebiete der Wehrmacht selbständige Entschlüsse zu fassen, in vollem Maße an. Das entspricht nicht zuletzt der in der Entschließung vom 7. Dezember festgelegten grundsätzlichen Auffassung von der Bedeutung der Stellung des Reichspräsidenten im Sinne des Führer-

gedankens. Da Herr Gröner der Mann des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten ist, stellt die Partei ihre Bedenken zurück."

Die Deutschnationale Volkspartei hat sich also „löblicherweise unterworfen". Die Presse der Linken ist mit der Berufung ziemlich restlos zufrieden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann widmet ihm im „Achtuhrabendblatt" einen Artikel voller Anerkennung.

*

Zu der Ernennung Gröners zum Reichswehrminister schreibt die „Germania": Der Reichspräsident hat also jenen Mann für das schwere Amt des Reichswehrministers ausgewählt, der in sorgenvollen Tagen sein Berater gewesen ist. Gröner ist als ein Mann von aufrichtiger Gesinnung bekannt. Seine württembergische Herkunft hat ihm den demokratischen Geist mitgegeben, den er niemals verleugnet hat, denn aus seiner, die Republik bejahenden Einstellung hat Gröner niemals ein Hehl gemacht. Die Verwurzelung der Reichswehr mit dem Volke und ihr wirklich echter demokratischer Aufbau nicht im parteipolitischen, sondern im weitesten Sinne, ist die Aufgabe, die noch der Lösung harrt. Der Reichspräsident ist anscheinend von dem Gedanken ausgegangen, die Reichswehr soweit wie möglich dem politischen Einfluß zu entziehen und deshalb wohl nicht zuletzt ist die Wahl auf Gröner gefallen. Der „Vorwärts", der sich weder für noch gegen Gröner ausspricht, sieht in der Ernennung Gröners zum Reichswehrminister noch kein Definitum durch die Wahl und nach der Wahl, so sagt das Blatt, wird auch über die Gestaltung der Dinge im Reichswehrministerium entschieden werden.

*

Ueberraschte und enttäuschte Fraktionen.

⚔ Berlin, 19. Jan. In Kreisen des Reichstages bildete heute nachmittag und heute abend die Ernennung des Generals Gröner den Hauptgegenstand der Erörterung. Dabei kam bei den Vertretern der Parteien des rechten Flügels der Regierungskoalition eine gewisse Enttäuschung zum Ausdruck. Es ging sogar das Gerücht, daß die Deutsche, die Deutschnationale und vielleicht auch die Bayerische Volkspartei beabsichtigen, eine gemeinsame Erklärung herauszugeben. Diese Absicht hat sich jedoch nicht bestätigt. Die Deutschnationale Volkspartei hat ihre Stellungnahme aber in einer besonderen Erklärung präzisiert. Ebenso hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei dem Reichskanzler durch ihren Vorstand das Befremden der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck bringen lassen. Die Besetzung des Reichswehrministeriums wurde heute nachmittag in den Fraktionssitzungen besprochen, dabei hat, ebenso wie es in der deutschnationalen Erklärung für die Deutschnationale Volkspartei zum Ausdruck kommt, die Deutsche Volkspartei sich mit der vom Reichspräsidenten getroffenen Entscheidung abgefunden, zumal der Reichspräsident selbst erklärt hat, daß er die von der Volkspartei vorgebrachten sachlichen Einwendungen als nicht stichhaltig bezeichnen könne.

*

Der Reichspräsident an Dr. Geßler.

+ Berlin, 19. Jan. Der Herr Reichspräsident hat an den scheidenden Reichswehrminister Dr. Geßler folgendes Schreiben gerichtet:

„Mein sehr geehrter Herr Reichswehrminister!

Mit lebhaftem Bedauern habe ich von Ihrem Beschlusse aus dem Amte des Reichswehrministers zu scheiden, Kenntnis genommen. So ungern ich mich auch gerade von Ihrer bewährten Mitarbeit trenne, so habe ich im Hinblick auf Ihre erschütterte Gesundheit mich doch entschließen müssen, Ihrem Abschiedsgesuch stattzugeben, und lasse Ihnen anbei die Entlassungsurkunde zugehen.

Vor nahezu acht Jahren in einer Zeit innerer Wirrnis und äußerer Bedrängnis haben Sie das schwierige Amt des Reichswehrministers übernommen und es seither in hingebender und selbstloser Arbeit geführt, nur von dem einen Ziele geleitet, die uns verbliebene Wehrmacht zu einem über dem Streit der Parteien stehenden pflichttreuen und tüchtigen Instrument des Reiches auszugestalten. Hierfür Ihnen im Namen des Reiches persönlich tiefempfundenen herzlichen Dank zu sagen, ist mir in dieser Stunde aufrichtiges Bedürfnis. Mit der Geschichte des Wiederaufbaues der deutschen Reichswehr und der deutschen Reichsmarine wird Ihr Name eng verbunden sein!

Indem ich Ihnen meine aufrichtigsten Wünsche für eine baldige Wiedergesundung und zugleich die Hoffnung ausspreche, daß eine spätere Zeit Sie wieder im Dienste des Reiches finden möge, bin ich mit freundlichsten Grüßen Ihr stets ergebener und dankbarer

gez.: v. Hindenburg."

*

Empfang Groeners beim Reichspräsidenten.

-:- Berlin, 19. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag den neuernannten Reichswehrminister Groener.

Der Reichsfinanzminister über den Reichshaushalt.

Der Beginn der Etatsberatung.

Von unserer Berliner Redaktion.

-l- Berlin, 19. Januar (Drahtb.).

Die Tribünenbesucher, die sich heute in Erwartung einer gewaltigen Redeschlacht äußerst zahlreich im Reichsparlament eingefunden hatten, kamen nicht auf ihre Rechnung. Nach der Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler wurde auf Wunsch der Fraktionen die Sitzung auf morgen vertagt.

Wer sich das Bild ansah, was die Plenarversammlung des Reichstages bot, mußte unbedingt zu Ueberlegungen kommen, die nicht gerade vorteilhaft für die meisten Abgeordneten ausfielen. Die Bänke der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung waren wohl am schwächsten besetzt. Bei der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten konnte man zeitweilig mit der Präsenzstärke zufrieden sein. Von den Mitgliedern der Zentrumsfraktion hätte man aber erwarten dürfen, daß sie, soweit nicht dringende Verhinderungsgründe vorlagen, bei der Rede des Reichsfinanzministers vollzählig zugegen waren. Doch auch vom Zentrum waren nur 50 Proz. zur Stelle. Es ist wohl richtig, daß Etatsreden meistenteils nicht unterhaltsam sind. Vom Finanzetat kann man dies erst recht nicht behaupten. Die Begründung eines Milliardenetats ist jedoch ein Thema, für das alle Volksvertreter das größte Interesse aufbringen sollten. Das war heute nicht der Fall. Die wenigen Abgeordneten, die es überhaupt der Mühe wert fanden, im Saale zu verbleiben, vertrieben sich meistenteils durch private Unterhaltungen oder durch das Studium der neuen eingegangenen Drucksachen die Zeit. Einige Zwischenrufe, die der Minister glatt erledigte, gab es nur aus den Reihen der Kommunisten.

Die beinahe zweistündige Rede des Reichsfinanzministers mußte selbstverständlich in großem Umfange Probleme berühren, die in der Oeffentlichkeit seit dem Bekanntwerden des Etats für 1928 schon ausreichend erörtert worden sind. Aber auch neue Gesichtspunkte wurden in die Debatte geworfen, insbesondere im letzten Drittel der Ausführungen, die sich mit der Frage „Reich und Länder" befaßten. Ob der Optimismus, den der Reichsfinanzminister in dieser Beziehung offensichtlich hegt, am Platze ist, muß erst die Zukunft erweisen. Vorerst sehen wir als Ergebnis der Länderkonferenz nur die zwei neugebildeten Ausschüsse.

Etwas erregter als die heutige Sitzung werden voraussichtlich die Freitagsberatungen werden. Für die Sozialdemokraten, die als stärkste Fraktion zuerst zu Worte kommen, spricht der frühere Preußische Innenminister Severing. Daß die sozialdemokratische Fraktion gerade ihn ausgewählt hat, um das politische Gelände vom Standpunkt der Opposition aus ableuchten zu lassen, darf wohl dahingedeutet werden, daß man auf der linken Seite des Hauses den Wunsch nach einer gründlichen sachlichen Debatte hat, unnötige Schärfen jedoch vermieden sehen will. Daß die politische Aussprache schon in dieser Woche zu Ende gehen wird, muß stark bezweifelt werden.

*

Deutscher Reichstag.

)(Berlin, 19. Januar.

Auf der Tagesordnung des heute wieder zusammengetretenen Reichstags steht die erste Lesung des Etats von 1928. Die Beratung wurde eingeleitet mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler, der u. a. ausführte:

Ich werde mich bemühen, die Verhältnisse durchaus offen und klar darzulegen, um so ein in jeder Beziehung wahrheitsgetreues Bild über die Ziele und Wege der Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches

zu geben. Als ich Mitte Februar 1927 den Haushaltsentwurf des Jahres 1927 vorlegte, konnte die Wirtschafts- und Finanzlage nicht ohne Sorge betrachtet werden. Die aus dem Jahre 1925 in das Jahr 1926 übernommene Krise hatte wesentlich unter dem Einfluß des englischen Bergarbeiterstreiks zwar einer Besserung Platz gemacht. Es war aber noch nicht zu übersehen, ob die Belebung der Wirtschaft anhalten würde, wenn die von dem englischen Streik ausgegangenen Wirkungen normalen Verhältnissen Platz machte.

Der geringe Ernteertrag des Jahres 1926

beeinträchtigte die innere Kaufkraft. Die Kapitalneubildung im Innern reichte nicht aus, den steigenden Kapitalbedarf der Wirtschaft und der öffentlichen Hand zu decken. Vor allem war aber die Lage der Erwerbslosen noch immer gefährlich hoch. Den Beamten und Kriegsbeschädigten waren schon mehrfach Zusicherungen auf Verbesserung ihres unzulänglichen Bezüge gemacht worden. Von den Liquidationsgeschädigten wurde eine alsbaldige ausreichende Schlußregelung verlangt. Woher die Mittel für die Befriedigung aller dieser Anforderungen kommen sollen, war bei der damaligen Wirtschaftslage nicht zu übersehen. Der Etat bot hierfür keinen Rahmen. Einzig der kurz zuvor neugeschaffene Betriebsmittelfonds stand als letzte einmalige Reserve zur Verfügung. Ich war daher angesichts dieser Gesamtlage berechtigt und verpflichtet, meinen Besorgnissen offen Ausdruck zu geben und auszuführen, daß der Etat für 1927 gegenüber dem Rechnungsjahr 1926 in schwerem Schatten liege. Ich befand mich mit dieser Auffassung auch durchaus im Einklang mit der Meinung vieler namhafter Wirtschaftsführer und Politiker. Wenn ich bereits damals erklärt habe, daß die Frage der Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und der Beamten und die endgültige Regelung der Entschädigung der Liquidations- und Gewaltschäden die gesetzgebenden Körperschaften im Laufe des Jahres 1927 beschäftigen würden, so geschah es deshalb, weil ich der Meinung war, daß

das Erholungs- und Uebergangsjahr 1927

ein Jahr des Aufräumens sein müsse und deshalb diese beiden Fragen in der großen Wiederaufbauarbeit nach der Inflation der Schlußstein der Entwicklung sein müßte. Die Produktionsziffern hoben sich fast auf allen Gebieten. Die Wirtschaft war überraschenderweise in der Lage, nach und noch fast die gesamten 1½ Millionen Arbeitslosen in sich aufzunehmen. Das Tariflohnniveau des deutschen Arbeiters stieg. Die Zahl der Konkurse sank und betrug im September 1927 mit 360 sogar weniger als die Hälfte des Jahresdurchschnitts von 1913. Die Spareinlagen stiegen von 29 Milliarden im November 1926 auf 4,4 Milliarden im Oktober 1927. Sie erreichten damit allerdings erst 23 Prozent der Einlagshöhe des Jahres 1913.

Ein Jahr guter Konjunktur liegt hinter uns.

Es hatte für die Reichsfinanzen zwei erfreuliche Ergebnisse. Einmal wurden die Mittel der Erwerbslosenfürsorge in einem erheblich geringerem Umfang in Anspruch genommen, als vorauszusehen war. Von den vorgesehenen 450 Millionen waren nur 270 Millionen dafür verbraucht worden, und wir ersparen mithin etwa 180 Millionen. Die zweite Folge des wirtschaftlichen Aufschwunges war ein erhebliches Mehraufkommen an Steuern und Verbrauchsabgaben. In den neun Monaten April bis Dezember 1927 haben die Besitz- und Verkehrssteuern, die Zölle und Verbrauchsabgaben zusammen 63 Milliarden erbracht. Das bedeutet gegenüber dem Haushalts-Soll ein Mehr von über 500 Millionen. Ich habe also recht behalten, als ich im Oktober das voraussichtliche Gesamtmehraufkommen in vorsichtiger Schätzung auf 300 bis 350 Millionen angab. Damals wurde ich aber wegen angeblich leichtfertiger Schätzung stark angegriffen. An die Länder ist gegenüber der Garantiesumme eine Mehrüberweisung von 83 Millionen in diesem Dreivierteljahr erfolgt. Das Gesamtergebnis dürfte jedenfalls sein, daß

neben einer recht erheblichen Mehrüberweisung an die Länder dem Reiche ein Mehraufkommen von ca. 500 Millionen verbleibt.

Der Mehrertrag wird zum allergrößten Teil durch den Nachtragshaushalt aufgezehrt werden. In diesem werden rund 160 Millionen für die Erhöhung der Kriegsbeschädigten- und Beamtenbezüge angefordert, ferner 160 Millionen für die Barzahlungen nach den Kriegsschädenschlußgesetz. Dazu kommen Beträge für das bereits zugesagte Westgrenzprogramm, für die Einleitung und Durchführung des Ostpreußen-Programms, zur Behebung der Unwetterschäden in Sachsen, Pommern usw. Insgesamt wird der Nachtragshaushalt nicht unter 500 Millionen erfordern, sodaß noch 150 bis 180 Millionen Mark an Ersparnissen verbleiben werden. Das Wirtschafts- und Aufräumungsjahr 1927 wird also trotz der Mehrbelastungen einen Ueberschuß etwa in gleicher Höhe erbringen, wie es ihn aus dem Jahre 1926 übernommen hat. Es wird im ganzen in sich balanzieren. Das ist ein Fortschritt gegenüber 1926, wo sich bei Berücksichtigung des aus dem Vorjahre übernommenen Ueberschusses ein Fehlbetrag von 200 Millionen ergab.

Mir ist der Vorwurf gemacht worden, daß ich im Februar zu schwarz gemalt habe, und dann anderer Meinung geworden sei. Tatsächlich haben nicht ich meine Ansicht geändert, sondern

geändert hat sich die deutsche Wirtschaftslage, die Grundlage unserer Finanzpolitik.

Es scheint fast, als ob wahrheitsgetreue Darlegungen und eine Politik der raschen Anpassung an die wirklichen Verhältnisse nicht überall beliebt wären. Von dem zu erwartenden Ueberschuß sind 160 Millionen in den Etat für 1928 eingestellt worden. Sollte ein höherer Ueberschuß erzielt werden, so wird der Rest zur Abdeckung des noch immer hohen Anleihebedarfs verwandt werden.

Der Minister wandte sich dann dem Etat für 1928 zu, dem

ersten Etat mit der Normalbelastung des Dawesplanes.

Bei dem neuen Etat heißt es, die mehrfachen Ankündigungen sparsamer Wirtschaft in die Tat umzusetzen. Man kann ihn mit Recht als Etat der Sparsamkeit bezeichnen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, ihn ohne Steuererhöhung zu balancieren. Der Nettobedarf des Reiches für seine Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1926 rund 2,5 Milliarden betrug, ist in dem neuen Etat auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Im außerordentlichen Etat ist erreicht, daß keine neue Anleiheermächtigung erforderlich ist. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 9,356 Milliarden, im Extraordinarium mit 140 Millionen, zusammen mit 9½ Milliarden in Einnahme und Ausgabe ab. Das bedeutet zusammen ein Mehr von 367 Millionen gegenüber dem Vorjahre, also ein Mehr, das noch nicht die Erhöhung der Reparationslast mit 396 Millionen erreicht. Unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Istergebnisses des Jahres 1927 wird die Gesamtausgabe des Jahres 1928 sogar rund 100 Millionen niedriger sein.

Das Steueraufkommen ist gegenüber dem Soll von 1927 um 942 Millionen höher geschätzt.

Diese zunächst erschreckende Höherschätzung gewinnt ein anderes Aussehen, wenn man berücksichtigt, daß das tatsächliche Aufkommen von 1927 allein ein Netto-Mehr von wenigstens 500 Millionen für das Reich ergeben wird. Die Schätzung des Steueraufkommens wird bedingt durch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise vorbereite. Eine Feuerungspsychose wäre die höchste Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick erstehen könnte. Die Förderung des Exports wird sich die Reichsregierung auch weiterhin angelegen sein lassen. Zur Zeit finden Besprechungen über die Wiederholung von Garantien zu diesem Zweck statt. In dieses Gebiet fällt auch die Zollsenkungsaktion. Das Ergebnis ist insofern vorweggenommen, als das Zollaufkommen des Jahres 1928 um 150 Millionen niedriger eingesetzt worden ist.

Ein besonders schwieriges Kapitel bildet besonders die wachsende Verschuldung der Landwirtschaft.

Die Regierung hält eine baldige Lösung dieser außerordentlich schwierigen Frage für erforderlich.

Die Einkommen- und Körperschaftssteuern werden zusammen auf 3450 Millionen geschätzt, 430 Millionen mehr als das Soll des Jahres 1927. Von diesem Jahr entfallen 100 Millionen auf die Lohnsteuer. Die Erbschaftssteuer und Rennwettsteuer sind unverändert geblieben. Bei der Heraufsetzung der Schätzung der Umsatzsteuer auf 1050 Millionen, 150 Millionen mehr als das Soll von 1927 ist zu berücksichtigen, daß durch den Uebergang zu den Vierteljahrszahlungen im Jahre 1927 die Umsätze zweier Monate ausfallen. Das bedeutet für 1928 einen Mehrertrag von über 100 Millionen.

Der Minister ging dann auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Ist-Ergebnis des Jahres 1927 geschätzt worden ist. Die Aufgabe jeder Regierung wird es sein, nach Senkungsmöglichkeiten zu suchen. Die Förderung der Neubildung von Kapital und die pflegliche Behandlung des vorhandenen Kapitals sei unerläßliche Pflicht. Zu prüfen sei, ob das Problem der allgemeinen Abgabensenkung nicht in der Hauptsache vom Reiche her zu behandeln sei. Die Voraussetzung eines jetzt vorzubereitenden endgültigen Finanzausgleiches sei eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft. Mit einer reinen Schematisierung des Ausgabenabbaues werde wenig zu erreichen sein.

Der aus 1926 und 1927 übernommene Anleihebedarf sei der wundeste Punkt

in der Etats- und Finanzlage des Reiches. Der Kurs der im Frühjahr 1927 gegebenen Reichsanleihe habe fortgesetzt gestützt werden müssen, um nicht zu stark abzusinken. Der Kassenbestand, der Ende 1924 noch 1 Milliarde betrug, werde Ende 1928 nur noch 200 Millionen betragen. Im Laufe des Jahres 1928 würden die für Zwecke des Extraordinariums verausgabten Kassenmittel ersetzt werden müssen.

Der Minister wies dann darauf hin, daß 1928 inbezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr sei, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Betrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorschläge der Reichsregierung für den Haushalt 1928 lieferten den Beweis, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. Der Erfolg hänge aber nicht im geringsten davon ab,

daß das Ausland auch seinerseits unserer Ausfuhr die Wege öffnet,

die noch verschlossen sind. Die immer noch vorhandenen Handelshemmnisse müßten verschwinden. Die Reichsregierung wolle nur solche Auslandsanleihen begünstigen, die unaufschiebbar sind und produktiven Zwecken dienen. Ueber die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden werde die Reichsregierung die statistischen Arbeiten beschleunigen. Diese Statistik werde auch zur Durchführung der Verwaltungsreform und zur Vereinfachung der Verwaltung beitragen.

Die Länderkonferenz

habe uns auf dem Wege zur sparsamen Gestaltung beim größten Wirkungsgrad der Verwaltung ein gutes Stück vorwärts gebracht. In Gemeinschaft mit den Ländern werde die Reichsregierung diese Fragen praktisch fördern.

Der Reichsfinanzminister erinnerte dann an die Andeutung des Reparationsagenten, daß erwogen werden müsse,

die deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig zu regeln

auf absoluter Basis und Kontrolle von außen. Dazu erklärte er: Der Sachverständigenplan zeichnet selbst die Notwendigkeit vor, eine endgültige Lösung zu suchen und es heißt nicht ihn abändern, sondern ihn erfüllen, wenn nach hinreichender praktischer Erfahrung die abschließende Regelung gefunden wird. Eine ungelöste Reparationsfrage ist das Grundübel, an dem nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die anderen in die Weltwirtschaft eingeordneten Völker leiden. Jede Lösung der Reparationsfrage, die sich mit den wirtschaftlichen Gesetzen in Widerspruch setzt, ist zum Mißlingen verurteilt.

Der Minister erörterte dann als eine der zwangsläufigen Aufgaben

die Aufwendung für die Sozialpolitik.

Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen habe 1927 hierfür 3½ Milliarden erreicht, gegen 1,4 Milliarden im Jahre 1913. Wir müssen trotzdem fortschreiten auf dem Wege unter Rücksichtnahme auf die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Da im Jahre 1929 die Reparationslast um weitere 300 Millionen steigt, sagt der Minister eine

Verschlechterung des Haushalts für 1929

voraus. Zur Deckung komme aber eine Erhöhung der Steuersätze in keiner Weise in Frage. Von besonderer Bedeutung werde es sein, ob durch eine umfassende Umorganisation der Verwaltung des Reichs wesentliche Ersparnisse erzielt werden können. Die Ergebnisse der Länderkonferenz seien im ganzen gesehen, nicht unbefriedigend. Die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse ist auf dem Marsche. Hüten wir uns dabei vor öden Uniformierungsprogrammen und einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise, ebensosehr wie vor dem starren Festhalten an überlebten Formen! Außerordentlich wichtig scheint mir die Uebereinstimmung zwischen Reich und Ländern, daß

Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamster Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden

getroffen werden müssen. Auf das Vorrecht des Reichsfinanzministers oder einer anderen Instanz gegenüber Ausgabenerhöhungen lege ich nicht entscheidenden Wert. Richtiger und wirkungsvoller wäre eine Selbstbeschränkung des Parlaments durch seine Geschäftsordnung, wie sie etwa in England besteht. Grundsätzlich wird für Reich, Länder und Gemeinden die gemeinsame Einordnung in das Gesamtproblem der aus den wachsenden Kriegsverpflichtungen entstehenden erdrückenden Belastung die Hauptsache sein.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung erträgt keinen Aufschub mehr.

Es besteht aber die Gefahr, daß ein baldiges praktisches Ergebnis verhindert oder verzögert wird durch den Versuch, zugleich auch die großen staatsrechtlichen und verfassungspolitischen Probleme, die in der historischen Struktur Deutschlands liegen, zu lösen.

Das Reich will mit der Zusammenlegung der Behörden vorangehen. In verschiedenen deutschen Ländern soll die Zahl der Finanzämter verringert werden. Der Vereinfachung der Verwaltung dient auch die auf Wunsch der Länder eingeleitete Uebernahme der Landessteuerverwaltung einzelner Länder auf das Reich. Diesem Gedanken dienen auch die neuen Vorschläge, die die Reichsregierung demnächst dem Reichsrat wegen der Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts unterbreiten will. Eine Reform ist überall nötig, und wenn die Wirtschaft sich dieser Vereinfachungs- und Reformbewegung anschließt, dann wird die jetzt eingeleitete Bewegung auch von Erfolg begleitet sein.

Das Jahr 1928 stellt die Schicksalsfrage an das deutsche Volk, ob wir unserer Zukunft und unseres Glückes eigene Schmiede bleiben wollen unter Opferung mancher Wünsche und mancher liebgewordenen Traditionen. Ich müßte an der Zukunft Deutschlands verzweifeln, wenn wir diese Frage nicht bejahen und nicht danach handeln wollten.

Möge die Geschichte einst über das deutsche Volk und sein Schaffen in diesen schweren Jahren das Dichterwort Gottfried von Straßburgs setzen: Ihm war ein volles Maß und viel verliehen in zwei Dingen: In Leid und in Gelingen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nach der fast zweistündigen Rede des Reichsfinanzministers vertagte das Haus die Besprechung gegen 17 Uhr auf Freitag 14 Uhr.

Die Pferdezucht vor dem Landtag.

-l- Berlin, 19. Januar.

Der Landtag setzte heute die zweite Lesung des Forstetats mit der Einzelberatung fort. Die Abstimmung wurde auf Freitag zurückgestellt.

Zur folgenden Beratung des Haushalts der Gestütsverwaltung lagen mehrere Ausschußentschließungen vor, in denen u. a. ersucht wird, den Ankauf von Hengsten aus dem Ausland möglichst zu unterlassen. Der Berichterstatter Abg. Plehwe (Dtn.) erklärte, daß die Pferdezucht in Deutschland zusammenzubrechen drohe, wenn sie nicht mit allem Nachdruck gefördert werde.

In der weiteren Debatte wurde von fast allen Rednern eine Förderung der Pferdezucht verlangt und mehrfach darauf hingewiesen, daß die Einstellung von Kraftwagen in der Landwirtschaft als Pferdeersatz sich wenig bewährt habe.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger legte die Maßnahmen zur Hebung der Landespferdezucht dar. Es komme vor allem darauf an, leistungsfähige Pferde zu züchten. Durch besondere Prämien sei die Haltung von Hengsten angeregt worden. Die Parole heiße nicht „Motor oder Pferd" sondern „Motor und Pferd!"

In der weiteren Debatte erhob der kommunistische Redner Vorwürfe gegen sozialdemokratische Abgeordnete wegen ihrer Verbindungen zu Buchmacherverbänden, sowie gegen Zentrumsabgeordnete wegen angeblicher Verschaffung von Buchmacherkonzessionen.

Der Zentrumsabgeordnete Teitscheid verwies auf einen von ihm in dieser Angelegenheit eingebrachten Strafantrag, dessen Erledigung man erst abwarten müsse. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Breslau wies die erhobenen Vorwürfe zurück.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte, daß sich in dieser Angelegenheit keine Beamten des Ministeriums eine Verfehlung hätten zu Schulden kommen lassen.

Ein Geisteskranker im Palais des Reichspräsidenten.

◇ Berlin, 19. Jan. Im Palais des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße erschien heute vormittag ein Mann, der den Reichspräsidenten zu sprechen wünschte. Er wurde vom Diener in das Büro verwiesen, von wo er sich nach einigem Verweilen entfernte und dann an den Reichswehrposten herantrat, diesen in militärischer Weise grüßte und prüfte und dabei irre Reden führte. Der Mann lief dann auf dem Hof umher und mußte schließlich von einem herbeigerufenen Polizeibeamten zum Revier gebracht werden. Er wird auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Geisteskranken.

() Berlin, 19. Jan. Der Mann, der heute vormittag in das Palais des Reichstagspräsidenten kam und um eine Unterredung mit ihm nachsuchte, ist als ein gewisser Hermann Simowski aus der Sperrstraße 21 festgestellt worden. Er wurde nach eingehender Untersuchung durch den Kreisarzt für gemeingefährlich geisteskrank erklärt und der Irrenanstalt Herzberge übergeben.

Sofort

müssen Sie das

„Bocholter Volksblatt"

beim Briefträger bestellen, damit keine Unterbrechung des Bezuges eintritt. — Auch die Geschäftsstelle nimmt jederzeit Bestellungen entgegen.

Aus der Zentrumspartei.

Das Jahr 1928 wird ein Jahr reich an Entscheidungen und Ereignissen sein. Es wird das Jahr der Wahlen sein; nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Von dem Ausgange der Wahlkämpfe in Deutschland hängt vieles ab für die deutsche wie auch für die europäische Politik. **Darum Zentrumswähler, rüstet für den kommenden Wahlkampf! Stärkt die örtlichen Organisationen des Zentrums, ideell und materiell.** Besucht die Aufklärungs-Versammlungen! Gebt Euren Beitrag für den Wahlfonds! Beteiligt Euch an den Vorarbeiten des Wahlkampfes! Werbt Mitarbeiter, Werbeapostel für den Zentrumsgedanken! Rüttelt die Lauen und Gleichgültigen, die Wahl- und Parteimüden auf! Arbeitet der Parteizersplitterung entgegen! Nicht abseits stehen, sondern mitkämpfen, mitarbeiten für die Zentrumssache!

Aus der Heimat.

Bocholt, den 20. Januar 1928.

a. **Schulaufnahme 1928.** Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß nach dem Gesetz vom 15. Dezember 1927 zu Ostern ds. Js. nur die Kinder schulpflichtig werden, die bis zum 30. Juni ds. Js. das sechste Lebensjahr vollendet haben. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September ds. Js. das sechste Lebensjahr vollenden (also alle in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1922 geborenen Kinder) werden nur auf Antrag des Erziehungsberechtigten aufgenommen, sofern sie die für den Schulbesuch erforderliche, körperliche und geistige Reife besitzen. Die Anträge um vorzeitige Aufnahme müssen bis zum 21. ds. Mts. bei der Stadtverwaltung, Verwaltungsgebäude, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 37, Schulabteilung, gestellt werden.

z. **Inlands-Legitimierung ausländischer Arbeiter.** Auf die im Anzeigenteil der heutigen Nummer veröffentlichte Bekanntmachung werden Arbeitgeber und ausländische Arbeiter hingewiesen.

z. **Erhebung der Beiträge für die Landkrankenkasse.** Die Erhebung der Beiträge für die Landkrankenkasse (1. Vierteljahr 1928) findet für sämtliche Sektionen in der Zeit vom 20.—31. Januar statt. Der Zuschlag für verspätete Zahlung beträgt pro Mitglied und Vierteljahr 0,50 Reichsmark.

m. **Städtische freiwillige Feuerwehr.** Die freiwillige Feuerwehr hielt am Montag abend eine gutbesuchte Saalübung im „Bürgerkrug" ab. Zunächst wurden Uebungen mit den neu angeschafften Rauchschutzmasken, ferner mit Löschdecken und Rettungsgürteln vorgenommen. Im Anschluß hieran hielt Herr Branddirektor Techtmann einen längeren Vortrag unter Benutzung von neuem Anschauungsmaterial über die feuerwehrtechnisch richtige Verwendung des Löschwasserstrahles und die Bekämpfung von Innenbränden. Der Vortrag bot viel Neues und Interessantes, so daß es namentlich auch den jüngeren Kameraden möglich war, das für eine gefahrlose Brandbekämpfung nötige Wissen sich anzueignen. Nach dem Vortrag blieben die Kameraden noch einige Zeit in geselligem Kreise zusammen; auch das Trommlerkorps verschönerte durch seine Mitwirkung den Abend. Zum Schluß bat der Branddirektor, daß die Kameraden zu dem am 28. ds. Mts. stattfindenden Wintersest im Schützenhause recht zahlreich und sämtlich in Uniform erscheinen möchten, um dadurch den Charakter eines Feuerwehrfestes zu betonen und sprach die Hoffnung aus, daß sich das bevorstehende Wintersest würdig den früheren anschließen möge.

n. **Arbeiterverein St. Josef. — „Die Ausgestoßene".** Erschütternd und tiefergreifend ist die Szene, wo in dem Stück „Die Ausgestoßene" der Vater seiner Tochter die Türe weist; aber auch wieder mit dem Ganzen aussöhnend, wo Herbert nach schwerem Kampf zwischen Rechtsgefühl und Liebe der Elsbeth die Hand zum Lebensbunde reicht. An solchen Szenen ist das Stück sehr reich. Wer deshalb das Stück noch nicht gesehen hat, beeile sich in den Besitz einer Karte zu kommen. Die unwiderruflich letzte Aufführung ist am Sonntag abend 7,30 Uhr.

Ks. **Familien-Abend mit Theater im Lehrlingsverein.** Am Sonntag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, veranstaltet der Verein in seinem Heim an der Kolpingstraße einen Familien-Abend. Ein schönes Programm ward vorbereitet, keine Mühe, kein Opfer gescheut, um jedem Gast einen in jeder Hinsicht genußreichen Abend zu bereiten. Zur Aufführung gelangen zwei große Theaterstücke „Des Räubers Umkehr" (3 Akte) und „Räubers Weihnacht" (1 Akt). Die ganze Romantik Galizischen Räubertums im ausgehenden 18. Jahrhundert lebt in ersterem Stücke wieder auf. Räuber — gewiß! Und doch sind es im Grunde edle Charaktere, die hier gestaltet wurden, Menschen, die das Schicksal auf dunkle Bahnen warf, die schließlich aber doch noch die sittliche Kraft besitzen, sich aus dem Dunkel ihrer Wälder ans Licht der Sonne emporzuarbeiten. Die Handlung dieses Schauspiels hält den Zuschauer in Spannung und Bann vom Anfang bis zum Ende. Viel Sorgfalt wurde bei der Einstudierung der Rollen, besonders aber bei der Fertigstellung der Bühnenbilder aufgewandt. Das zweite Stück ist Gegenwart. Der geheimnisvolle Zauber der Weihnachts-, der Heiligen Nacht, weckt hier in einem Verbrecher Erinnerungen an eine glückliche Jugendzeit und führt ihn so ins Kinderland des Friedens und Glückes zurück. Die Pausen werden durch Musikstücke ausgefüllt. Alles in allem: Ein wirklich schöner Abend ist zu erwarten. Der veranstaltende Verein wird darum hoffentlich keine Fehlbitte tun, wenn er auch an dieser Stelle seine Mitglieder mit Angehörigen, Meistern und Freunden zu der guten Sache herzlichst einlädt. (Näheres ist aus der Anzeige zu ersehen.)

n. **Jungkreuzbund.** Die rührige Theater-Abteilung brachte am vergangenen Sonntag nachmittag das fünfaktige Volksstück „Friede den Menschen" für die Kinder des Aufrechtenbundes zur Aufführung. Am Abend konnten dann die jungen Künstler vor dem zahlreich erschienenen Publikum ihre Kunst nochmals zeigen. Reicher Beifall lohnte sie. Der Besuch der dritten und unwiderruflich letzten Aufführung am kommenden Sonntag, den 22. Jan., abends 7,30 Uhr im Jugendheim, Dietrichstraße, sei allen Liebhabern einer guten Dilettanten-Aufführung warm empfohlen. (Siehe Anzeige.)

Aus dem Gerichtssaal.

Hauptverhandlungstermin vor dem Preuß. Amtsrichter am gestrigen Donnerstag.

Der reuige Beleidiger. Ein Landwirt aus Spork hatte Zollbeamte, die wegen Schmuggelverdachts bei ihm das Viehkontrollbuch einsehen wollten, in widerwärtiger Art und Weise beleidigt. Die Beamten hatten nämlich festgestellt, daß auf seiner Weide an der Grenze zwei hochtragende Kühe neu aufgetrieben worden waren. Im gestrigen Strafermin taten dem Angeklagten die in Erregung ausgeführten Beleidigungen leid, er nahm sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und will außer den Kosten des Verfahrens noch 30,— R.-Mk. an den Männer-Fürsorge-Verein als Buße zahlen.

Er muß ins Arbeitshaus. Ein aus Mecklenburg stammender Arbeiter wurde in Rhede beim Betteln betroffen. Seit mehreren Monaten ist er arbeitslos und wandert von Ort zu Ort. Wegen Bettelns und Landstreichens wurde er mit 3 Wochen Haft bestraft, auch kommt er nach Strafverbüßung ins Arbeitshaus.

Verurteilt wegen Verabfolgung geistiger Getränke an einen Betrunkenen. Ein Büffetier erhielt eine Geldstrafe von 100,— Reichsmark, weil er an einen betrunkenen Anstreichermeister in seinem Gastwirtschaftsbetriebe geistige Getränke verabfolgt hatte. Der Anstreichermeister war in sinnlos betrunkenem Zustande später in der Straßenrinne aufgefunden worden.

Der leidige Grenzschmuggel. Ein Bauhilfsarbeiter von hier wurde im April morgens gegen 5 Uhr unweit der Königsmühle von Holland kommend mit 7,5 Kg. Kaffee, 6 Kg. Tabak und 0,5 Kg. Kakao vom Zollbeamten angetroffen. Er gab zu, die Waren unter Umgehung der Zollstelle und in der Absicht eingeführt zu haben, die darauf ruhenden Abgaben, Zoll und Tabaksteuer, zu hinterziehen. Bei der kurz darauf vorgenommenen Haussuchung wurden noch 0,8 Kg. Kakao zutage gefördert, die ebenfalls holländischen Ursprungs und unverzollt waren. Der Angeklagte war wegen Zollhinterziehung und Tabaksteuerhinterziehung vom Hauptzollamt mit 7607,60 Reichsmark und der Einziehung der Waren bestraft. Vor Eintritt in die Verhandlung nahm er den gegen den Strafbescheid des Hauptzollamtes gestellten Antrag auf gerichtliche Entscheidung zurück.

Wieder Bandenschmuggel. In einer Maiennacht beobachteten Grenzbeamte 6 Schmuggler, die der Stadt zustrebten. Der erste Mann war als Vorläufer ohne Traglast, während die anderen 5 Männer, je einen Packen trugen. Auf den Anruf der Zollbeamten ergriffen sie die Flucht. Es gelang, zwei Schmuggler mit ihren Packen zu stellen. Ein dritter, der auch scharf verfolgt wurde, entkam leider, mußte aber auf der Flucht seinen Packen zurücklassen. In den drei beschlagnahmten Packen befanden sich 13 Kg. Kaffee, 0,5 Kg. Kakao, 29,1 Kg. Tabak und 0,1 Kg. Schokolade. Die gestrige Verhandlung gegen die beiden ergriffenen Schmuggler, zwei Arbeiter aus Bocholt, wegen Bandenschmuggels mußte zwecks Ermittlung der Vorstrafen vertagt werden.

Er kam seiner Unterhaltspflicht nicht nach. Ein hiesiger Schlosser stand unter der Anklage, sich der Unterhaltspflicht gegen sein unehelich geborenes Kind, trotz mehrmaliger Aufforderung der zuständigen Fürsorgebehörde, derart entzogen zu haben, daß durch Vermittlung der Fürsorgebehörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Auf Grund vorliegenden Urteils war er zur Ernährung des Kindes verpflichtet. Um Lohnkürzungen unmöglich zu machen, nahm er keine geregelte Arbeit an. Wegen Entziehung der Unterhaltspflicht wurde er mit einer Woche Haft bestraft, deren Vollstreckung ausgesetzt wurde unter der Bedingung, daß er regelmäßig seiner Unterhaltspflicht nunmehr nachkommt.

Rohe Tat. Auf der Kaiser-Wilhelm-Straße stach ein Schlosser von hier nach einem vorausgegangenen Streit in einer Novembernacht mit geöffnetem Taschenmesser auf einen hiesigen Bäcker ein. Letzterer konnte glücklicherweise den Schlag parieren, wurde aber an der Hand durch eine Stichwunde verletzt. Das Gericht wies auf das Verwerfliche und die Gemeinheit der Tat hin, mit gezücktem Messer auf einen Menschen einzuschlagen. Wegen gefährlicher Körperverletzung erhielt der Angeklagte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Mit Rücksicht auf seine bisherige Unbestraftheit wegen Roheitsdelikten wurde die Strafvollstreckung auf 2 Jahre mit Aussicht auf Begnadigung bei guter Führung ausgesetzt.

Vergehen gegen die Reichsversicherungsordnung. Die beiden Geschäftsführer einer früheren hiesigen Tabakfirma hatten sich deswegen zu verantworten, weil sie fortgesetzt handelnd als Arbeitgeber die Beitragsteile für die Allgemeine Ortskrankenkasse, für die Invaliden- u. Angestellten-Versicherung, welche sie den Beschäftigten einbehalten mußten, den berechtigten Kassen vorsätzlich vorenthalten bezw. die abgehaltenen Beträge nicht für die Versicherung verwendet hatten. Wegen der schlechten Wirtschaftslage, in der die Gesellschaft sich z. Zt. befand, sah das Gericht von der Verhängung einer Gefängnisstrafe ab und verurteilte jeden wegen Vergehens gegen die Reichsversicherungsverordnung mit je 100 Reichsmark, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle 2 Wochen Gefängnis treten.

* * *

nn. **Borlo**, 17. Jan. **Bonifatius-Sonntag.** Am kommenden Sonntag, den 22. Januar wird im Auftrage des Generalvorstandes des Bonifatius-Vereins ein Diaspora-Priester in unserer Kirche in allen hl. Messen predigen. Der hochw. Herr wird aus seiner eigenen Diaspora-Erfahrung heraus sprechen. Die aus dem frischen vollen Leben geschöpften Schilderungen werden sicher tiefen Eindruck machen. Der Bonifatius-Verein ist sich wohl bewußt, daß er mit seiner Veranstaltung in eine ungünstige Zeit kommt. Trotzdem werden die Predigten vielleicht manchen belehren, daß es anderswo noch schlechter aussieht. Es wird unseren Gläubigen gut tun, einmal unter sich zu sehen. Bei aller Armut und Bedrängnis ist uns doch noch ein Trost geblieben: unsere Kirchen, unsere Schulen, unser Glaube. Deshalb sind wir immer noch reicher als die Glaubensbrüder in der Diaspora, die das alles entbehren müssen und oft auch arbeitslos auf der Straße liegen. Glaubenstrost bei aller Armut und ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit für die eigene, gute, kirchliche Versorgung wird gewiß eine Hauptwirkung des Bonifat ustages sein. Die Predigten sollen die Gläubigen wieder begeistern für die große Aufgabe des Reiches Gottes, das Verantwortungsgefühl für die vereinsamten Glaubensbrüder schärfen und die Abwandernden für die Diaspora schulen. Der Bonifatiustag wirbt um die Liebe der Heimatkatholiken für die Gläubigen der Zerstreuung und will die Gründung und Wiederbelebung des örtlichen Bonifatius-Vereins vorbereiten. Bei manchen wird der Bonifatius-Verein mit dem Almosen des Gebetes dies Jahr sich begnügen müssen. Dafür werden gewiß jene, die unter der Not der Zeit noch nicht so viel zu leiden haben, den Verein durch reichlichere Spenden entschädigen. Viele werden nicht so viel opfern können, wie sie wohl möchten. Mögen sie dann wenigstens als Mitglieder dem Bonifatius-Verein beitreten. Der Jahresbeitrag ist glücklicherweise sehr zeitgemäß niedrig, 1,— Mark. Das haben die allermeisten Familien noch für die Kirche übrig. Es werden dafür als Gegengabe sechs gut ausgestattete Bonifatius-Blätter jährlich geliefert. Möge der Bonifatiustag zu einer eindrucksvollen Kundgebung katholischer Liebe werden, die gerade in der Zeit der Not sich oft schon hilfreich erwiesen hat!

n. **Werth**, 19. Jan. **Oeffentliche Bauern-Versammlung.** Am kommenden Sonntag findet von seiten des Westfälischen Bauernbundes eine öffentliche Versammlung im Saale der Wirtschaft te Breul statt. Der Redner wird über die Ziele und Aufgaben des Westfälischen Bauernbundes sprechen.

m. **Borken**, 19 Januar. **Auszeichnung.** Die Molkerei Ramsdorf ist seitens des Molkereiverbandes wegen besonders guter Leistungen mit der bronzenen Medaille ausgezeichnet worden; den Molkereien Rhede, Dingden und Borken wurde ein Diplom verliehen.

* **Weseke**, 19. Januar. **Ballonlandung.** Der Ballon Münster VII mußte am Mittwoch gegen 2 Uhr etwa 1000 Meter südlich von Weseke auf einer Wiese eine Landung vornehmen. Wahrscheinlich von der beabsichtigten Richtung abgetrieben, hatte es der Führer wegen der nahen holländischen Grenze vorgezogen, hier niederzugehen. Der Ballon war mit 3 Herren und einer Dame bemannt. Der Vorfall hat viel Neugierige auch aus den entfernten Bauerschaften angelockt. Der Ballon ist sofort auf der Bahn verfrachtet worden. Die Balloninsassen benutzten ebenso die Bahn zur Rückreise nach Münster.

* **Ahaus**, 18. Jan. **Ueberegelseuche des Wildes.** Nach verschiedenen Zeitungsmeldungen aus dem Münsterlande grassiert unter den Wildbeständen — Hochwild sowohl wie Niederwild — in verheerender Weise die sogen. Ueberegelseuche. So sind wie „Die Glocke" berichtet, im letzten Herbst in den freiherrlich von Nagel'schen Forsten nicht weniger als 60 an dieser furchtbaren Seuche verendete Rehe gefunden und an anderer Stelle 10. Auch die Besitzer von Privatjagden teilen das Grassieren der Seuche mit, durch die der schöne Wildbestand unserer Gegend schwer geschädigt wird. Leider trifft diese Meldung auch für andere Gegenden und auch für Niederwild — Hasen und Kaninchen — zu. Aus fast allen Jagddistrikten Deutschlands wird das starke Eingehen dieser Wildarten und dadurch verursachte schlechte Ergebnisse der Jagden gemeldet. Speziell im Kreise Ahaus klagen fast alle Jagdbesitzer über die massenhafte Erkrankung der Wildarten. Die Ursache der Seuche ist zweifellos in dem nassen Sommer des verflossenen Jahres zu suchen. Der strenge Frost der letzten Zeit wird insofern einen günstigeren Einfluß haben, als er die erkrankten Stücke hinwegräumt. Für den Jäger aber heißt es „Hahn in Ruh!" damit der Bestand für das kommende Jahr bleibt.

Aus der Tätigkeit des städtischen Gesundheitsamtes

Uebersicht über die im Kalenderjahre 1927 durchgeführten bezw. durch Vermittlung des Gesundheitsamtes eingeleiteten Kuren für Kinder, Jugendliche u. nichtgesicherte Erwachsene.

Auswärtige Kinderkuren:

1.	Vom 21.	2.	bis 3.	4. 1927	in Linz a. Rh. 12
2.	Vom 15.	3.	bis 26.	4. 1927	in Norderney 30
3.	Vom 18.	3.	bis 12.	5. 1927	in Lippspringe 10
4.	Vom 9.	4.	bis 3.	6. 1927	in Lippspringe 10
5.	Vom 21.	4.	bis 31.	5. 1927	in Wangerooge 20
6.	Vom 28.	4.	bis 8.	6. 1927	in Wangerooge 10
7.	Vom 20.	4.	bis 10.	6. 1927	in Norderney 10
8.	Vom 7.	5.	bis 11.	6. 1927	in Linz a. Rh. 20
9.	Vom 13.	5.	bis 10.	6. 1927	in Langenschwalbach 10
10.	Vom 14.	5.	bis 8.	7. 1927	in Lippspringe 8
11.	Vom 4.	6.	bis 14.	7. 1927	in Langenschwalbach 10
12.	Vom 15.	6.	bis 26.	7. 1927	in Rheine 5
13.	Vom 4.	6.	bis 25.	7. 1927	in Langeoog 10
14.	Vom 14.	6.	bis 26.	7. 1927	in Norderney 15
15.	Vom 1.	7.	bis 30.	7. 1927	in Wangerooge 10
16.	Vom 14.	7.	bis 7.	9. 1927	in Lippspringe 4
17.	Vom 27.	7.	bis 29.	8. 1927	in Linz a. Rh. 16
18.	Vom 30.	7.	bis 8.	9. 1927	in Langenschwalbach 20
19.	Vom 28.	7.	bis 7.	9. 1927	in Hammelburg-Ufr. 4
20.	Vom 3.	8.	bis 13.	9. 1927	in Rheine 7
21.	Vom 5.	8.	bis 9.	9. 1927	in Grömitz-Ostsee 5
22.	Vom 6.	8	bis 16.	9. 1927	in Wangerooge 15
23.	Vom 14.	9.	bis 25.	10. 1927	in Langeoog 15
24.	Vom 17.	9.	bis 31.	10. 1927	in Wangerooge 15
25.	Vom 20.	9.	bis 31.	10. 1927	in Rheine 20
26.	Vom 8.	11.	bis 14.	12. 1927	in Wangerooge 10

Zusammen: 315

Zum Landaufenthalt wurden Kinder entsandt: 12

In der hiesigen Walderholungsstätte gelangten an Kinderkuren zur Durchführung:

1.	Vom 7.	1.	bis 17.	2. 1927	belegt mit: 40
2.	Vom 23.	2.	bis 5.	4. 1927	belegt mit: 40
3.	Vom 11.	4.	bis 21.	5. 1927	belegt mit: 40
4.	Vom 20.	6.	bis 31.	7. 1927	belegt mit: 40
5.	Vom 16.	8.	bis 17.	9. 1927	belegt mit: 40
6.	Vom 21.	9.	bis 31.	10. 1927	belegt mit: 40
7.	Vom 5.	11.	bis 16.	12. 1927	belegt mit: 40

280

Ferner wurden durch die Vermittlung der Fürsorgestelle in den Eigenheimen der Reichsbahn, Kinderkuren von Eisenbahnbediensteten u. Beamten und weiterhin Kinder von niederländischen Staatsangehörigen in holländischen Heilstätten — Gennep, Jevenaar, Nymwegen und Bemmel — untergebracht. 22 12

Mithin Gesamtzahl der untergebrachten Kinder: 641

Kuren für versicherte jugendliche Mädchen:

Untergebracht wurden in der Haushaltungsschule Senne in Ummeln bei Bielefeld und zwar auf die Dauer von 6 Monaten 18

ferner wurden noch zwei nichtversicherte jugendliche Mädchen untergebracht für die Dauer von 3 Monaten auf dem Eichhof in Eckardsheim bei Bielefeld 2

Mithin jugendliche Mädchen entsandt: 20

Mithin insgesamt entsandt:

Kinder und Jugendliche: 661

Kuren für nichtversicherte Frauen und Männer:

Untergebracht wurden in den Häusern Walthaus, Waldfrieden, St. Antoniushaus Lippspringe, Krankenhaus Senden, Bad Sülzhain i. H. und Bad Pyrmont insgesamt 30

Untergebracht insgesamt 1927: 691

Anträge auf Kurbezuschussung wurden bei Versicherungsanstalten bezw. öffentlichen Behörden gestellt:

1.	bei der Landesversicherungsanstalt in Münster	261
2.	der Versicherungsanstalt für Angestellte in Berlin	33
3.	der Reichsbahn (Unterbringung in Eigenheimen)	43
4.	der Reichspost	7
5.	der Reichszollbehörde	11
6.	der Ruhrknappschaft	5
7.	der Mittelstands- und Innungskrankenkasse	6
8.	der holländischen Regierung	27

Mithin insgesamt an Anträgen: 395

Für jedes zur Kur zu entsendende Kind, jeden Jugendlichen oder Erwachsenen mußten in jedem Einzelfalle ärztliche Gutachten, zum Teil in mehrfacher Ausfertigung — Anträge für Landesversicherung, Angestelltenversicherung pp. — ausgestellt werden.

Bei den Tuberkulosekranken wird zudem durch Röntgenbilder, Blutproben und Wasseruntersuchung die Befundaufnahme noch ergänzt durch Ermittlung einer genauen Diagnose und des Krankheitsverlaufes, und die Ergebnisse registriert. Für die versicherten Besucher der Fürsorgestelle wurden vom Fürsorgearzt ebenfalls eingehende Untersuchungsbefunde angegeben und diese registriert.

Die Einleitung der erforderlichen Kuren erfolgt durch den Fürsorgearzt, der zugleich auch Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt ist, während die Heilverfahrenanträge durch die Behörde aufgenommen und mit dem vertrauensärztlichen Gutachten an die Landesversicherungsanstalt und die sonstigen Stellen weitergeleitet werden.

Von der Lungenfürsorgeschwester werden sämtliche Tuberkulosekranken, soweit sie an offener Tuberkulose leiden, laufend besucht und ihre regelmäßige Untersuchung in der Fürsorgestelle veranlaßt.

Sodann werden alle Kranken, die ein Heilverfahren erhalten, vor und nach Beendigung ihrer Kur, besucht und die erforderlichen Maßnahmen — Desinfektion, leihweise Hergabe von Betten und Bettzeug u. a., in die Wege geleitet.

231 lungenkranken Familien wird wöchentlich durchschnittlich je 7 Liter Milch gewährt.

Turnen, Sport und Spiel.

:: **Sport- u. Spielverein „Einigkeit". — Mannschaftskampf Hamborn — Bocholt im Ringen und Gewichtheben.** Nach längeren Bemühungen hat es die Vereinsleitung zustande gebracht, die im 3. Kreise rühmlichst bekannte Hamborner Mannschaft zu einem freundschaftlichen Herausforderungskampf am 29. ds. Mts. nach hier zu verpflichten. Bekanntlich stehen die Hamborner an erster Stelle im 3. Kreise im Mannschaftsgewichtheben, letztmalig ausgefochten am 28. November 1926 in Duisburg, wo sich die Mannschaft des Sp. u. Sp. „Einigkeit" bis an die 2. Stelle herausarbeiten konnte. Auch in dem kommenden Kampfe am 29. Januar werden die Einheimischen in stärkster Aufstellung alles hergeben müssen, um in etwa Schritt mit den durchtrainierten Hambornern zu halten. Am 29. ds. Mts. werden also die „Einigkeit"-Mannschaften zum ersten Male wieder auf den Plan treten und können dann gleichzeitig zeigen, ob sie den Winter über durch eifriges Training auch in guter Form geblieben sind. Wir bitten deshalb das sportliebende Publikum, sich den 29. Januar freizuhalten zum Besuche des Mannschaftskampfes in der „Kronenburg". Nähere Einzelheiten sowie die Aufstellung der Mannschaften folgt nächste Woche. — Freitag abend sowie Sonntag morgen müssen alle Aktiven zwecks wichtiger Besprechung zur Stelle sein. Th.

Geschäftliches.

„Dr. med. H. Schulze's Fregalin führt dem Blut hochwertige Nährsalze zu und bewirkt dadurch eine Blutreinigung und eine hervorragende Nervenstärkung. Wir verweisen auf die Beilage in dieser Nummer, lesen Sie diese Beilage in Ihrem Interesse genauestens, da Sie auf Wunsch von Dr. med. H. Schulze G. m. b. H., Berlin W. 30, umsonst und portofrei eine aufklärende Broschüre und eine Probeschachtel dieses ausgezeichneten Mittels erhalten.

Bekanntmachung.

Die Baulustigen, die im Baujahre 1928 mit Hilfe einer Hauszinssteuerhypothek bauen wollen, werden aufgefordert, dieses auf dem Bürgermeisteramt umgehend anzugeben.

In allernächster Zeit findet hier eine Bauberatung statt, zu der die Antragsteller eingeladen werden

Bei der Bauberatung sind einfache Vorentwürfe vorzulegen und die lückenlosen Finanzierungen der Bauten nachzuweisen.

Isselburg, den 16. Januar 1928.

Der Bürgermeister:
Schönsmecke.

Hiesige Genuacord-Weberei sucht tüchtigen

Untermeister

welcher mit Genuacordwebstühlen gut vertraut ist.

Schriftliche Angebote mit seitheriger Tätigkeit unter C. 490 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Mehrere fette

Schweine

je 300 Pfund schwer, zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Empfehle mich zum

Waschen u. Bügeln

von Stärkewäsche, übernehme auch andere Wäsche.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Grundstück-Verkauf!

Am Montag, den 23. Jan. nachmittags 4 Uhr läßt Herr Josef Welsing in Ringenberg in seiner Wirtschaft seine am Seegraben liegende

Weideparzelle

groß 1000 Ruten, öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Die Parzelle eignet sich zur Anlegung einer Kat stelle.

Glücker, Hamminkeln.

Aelteres, arbeitsfreudiges

Mädchen

welches 6—7 Jahre auf einer Stelle ist, sucht sich zum 15. Febr. zu verändern, am liebsten in ruhigen, bürgerlichen Haushalt.

Offerten unt. C. 465 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Schwache Nerven

sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Blutarmut, Herzklopfen, nervöse Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, Schwächezustand, aller Art, Unlust zur Arbeit, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur durch

Doppelherz

dem von der Wissenschaft anerkannt. Nervenkräftigungsmittel, behandelt werden. Allein echt mit der Herzschwester.



Originalflasche G. M. 2.—, 3.90 und 5.— Echt zu haben durch:

Drogerie Brune, Nordstraße 22.

Wegen Sterbefalls des Vaters des jetzigen Mädchens auf sofort ein tüchtiges

Mädchen

in Küche und Hausarbeit erfahr., gesucht.

Näheres: Königstr. 15.

Ich bitte, beabsichtigte Käufe von

Düngekalk

nicht erst März April sondern früher, möglichst schon jetzt, vorzunehmen. Sonst werden die benötigten Mengen nicht zu erhalten u. der Preis wird gemäß Ankündigung d. Kalkwerke höher sein.

Wilh. Blumentrath, Bocholt.

Aelteres

Mädchen

a. liebsten vom Lande, für landwirtschaftlichen Haushalt gesucht.

Gut Bonnes, Hemden.

Junger

Bäcker- und Konditorgehilfe

20 Jahre alt, kath., sucht sofort passende Stellung.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

†

Das Sechswochen-Seelenamt
für den verstorbenen
Herrn Martin Neuhaus
findet statt am Samstag morgen 8¼ Uhr in der St. Josefskirche, wozu freundl eingeladen wird.

Am **Samstag, den 21. Januar 1928** sind die Räume der **„Kronenburg"** ab **8 Uhr** dem Kaiser-Wilhelm-Kriegerverein zur alleinigen Benutzung überlassen.

Max Gertönis.

Die Erhebung der Beiträge für die Landkrankenkasse

(1 Vierteljahr 1928)

findet für sämtliche Sektionen in der Zeit vom 20. bis 31. Januar 1928 statt.

Der Zuschlag für verspätete Zahlung beträgt pro Mitglied und Vierteljahr 0.50 RM.

Quittungsbogen sind mitzubringen.

Borken, den 17. Januar 1928.

Der Vorstand der Landkrankenkasse Borken.

Öffentliche Bekanntmachung.

Es ist der Antrag gestellt worden, für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten in der Teilungssache der Biemenhorster Mark — B. 126 — nämlich die gemeinschaftlichen Anlagen, Wege, Wasserläufe, Brücken und Durchlässe die Vertretung der Gesamtheit der Beteiligten Dritten gegenüber, sowie die Verwaltung nach dem Gesetze vom 2. April 1887 (G. S. S. 19?) anderweit zu regeln, da der zum Vertreter der Beteiligten und Verwalter der gemeinschaftlichen Angelegenheiten durch Beschluß der früheren Königlichen Generalkommission zu Münster vom 9. November 1898 bestellte Rentmeister Donders zu Bocholt inzwischen verstorben ist

Die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sind in dem am 7. August 1835 bestätigten Rezesse über die Teilung der Biemenhorster Mark in den §§ 13. 15 und 16 aufgeführt und liegen in der Gemeinde Biemenhorst.

Die Vertretung und Verwaltung soll dem Gemeindevorsteher zu Biemenhorst übertragen werden.

Der Antrag wird gemäß § 3 des genannten Gesetzes mit der Aufforderung bekanntgegeben, etwaige Einsprüche binnen einem Monat bei mir anzubringen.

Coesfeld, den 12. Januar 1928.

Der Kulturamtsvorsteher
gez. Unterschrift.
Regierungsrat.

Abschrift.

Bocholt i. W., den 16. I. 1928.

An

Asthma-Ambulatorium
Bocholt i. W.
Ravardistraße 16.

Sehr geehrter Herr!

Seit drei Jahren litt ich an **schweres Asthma**, dasselbe wurde so schlimm daß ich **des Nachts keine Ruhe mehr fand.** Ebenso konnte ich nicht gehen, ohne jede Minute stehen bleiben zu müssen, um Luft zu holen, was mit schwerem Husten verbunden war. Viele Mittel wurden angewandt und keine Kosten gescheut, aber alles brachte keine Heilung.

Durch einen Bekannten wurde mir Ihr Institut empfohlen. Nach den vielen Mitteln die ich schon angewandt hatte, hegte ich auch gegen dieses Mittel Mißtrauen, aber nach etwa 12 Vornebelungen hatte ich das Vertrauen, daß mir die Behandlung helfen würde. Habe dann auch 3 Karten genommen und kann mit ruhigem Gewissen sagen, daß ich **jetzt vollständig von meinem Leiden befreit bin.** Werde daher jedem Asthmaleidenden Ihr Institut bestens empfehlen.

Achtungsvoll
Frau H. F.

Das Originalschreiben befindet sich im Besitze des Asthma-Ambulatoriums Bocholt, Ravardistraße 16.

Sprechstunden
täglich von 9—7 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr.

Konsum-Genossenschaft „Eintracht"

für Bocholt und Umgegend
e. G. m. b. H., Bocholt i. Westf.

Preisabschlag!

Schweinefleisch	kostet ab dieser Woche	**1.–**	das Pfd.
Speck	frisch	**0,80**	das Pfd.
Speck	gesalzen	**0,85**	das Pfd.

Wir empfehlen besonders unsere **Wurst- und Aufschnittwaren** zu bekannten Preisen und Qualitäten.

Gefrierfleisch

ist in dieser Woche von außergewöhnlich guter Qualität, das Pfund wird von **0,55 Mk** an abgegeben.

Der Vorstand.




Da die Schweine nicht heute, sondern morgen früh hier eintreffen, verkaufe ich also **am Samstagmorgen von 8—1 Uhr** bei der Wirtschaft Bernh. Matschke.

Johann Leesen,
Brunen.



Gott dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nacht ¼ vor 2 Uhr meinen innigstgeliebten Gatten, unseren treusorgenden, guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Herrn Theodor Peters

nach längerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohlvorbereitet durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, nach einem echt christlichen Lebenswandel, im Alter von 68 Jahren zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wertherbruch, Loikum, Haldern, Raesfeld, Bocholt und Gelsenkirchen, den 18. Januar 1928.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 21. Januar, morgens 9 Uhr, daran anschließend das Seelenamt in der Pfarrkirche zu Loikum, wozu freundl. eingeladen wird.

Statt besonderer Anzeige.

Am Montag, den 16. Januar, verschied sanft nach längerem Leiden, unsere innigst geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau Regina Heymann
geb. Jacobs

im fast vollendeten 70. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Karl Heymann

Köln, Eugen-Langen-Str. 5, den 19. Jan. 1928.

Die Einäscherung hat, dem Wunsche der Verstorbenen entsprechend, in aller Stille stattgefunden.

Nachruf

Am 17. Januar verschied unser langjähriger Mitarbeiter, der Spinner

Johann Pascher

Ueber 50 Jahre war er seinen Mitarbeitern ein Vorbild von Treue und Fleiß.

Sein Andenken werden wir immer in Ehren halten.

Die Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma
Ludwig Schwartz
Spinnerei Fildeken.

Wollen Sie

Ihre Schuhe in einer Stunde gut und billig besohlt haben, dann kommen Sie zur

Fortschritt-Werkstatt.

Schuhefärben in allen Modefarben.
Auch Besohlen von Crepegummisohlen.

Harz Alfs,
Langenbergstr. 46.

Hallenturnschuhe

Markenware
schwarz und weiß

31/35	36/42
—,85	—,95

Schuhhaus Böcker
Gasthausplatz 3.

Ein schönes, schwarzbuntes, hochtragendes

Rind

sowie ein erstklassiges, schwarzbuntes

Stierkalb

v. hoher Milchleistung stammend, hat zu verkaufen.

Bernhard Eising,
Bardingholt,
Gut Ketteler.

Weberei sucht zum baldigen Eintritt
perfekte

Stenotypistin

Es kommt nur **allererste Kraft** mit prima Zeugnissen in Frage.

Offerten unter **C. 492** an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Möbelgeschäft

Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herde, Einzelmöbel

sucht für Bocholt und Umgegend

äußerst tüchtigen Vertreter

gegen Fixum und Provision.

Offerten unter E. G. 7600 postlagernd Oberhausen.

St. Georgius-Schützenverein



Sonntag, den 22. Januar, abends pünktlich 7½ Uhr

Veranstaltung

lt. Winterprogramm

Der Vorstand.

Lehrlings-Saal des Gesellenhauses.

Sonntag, den 22. und 29. Januar, abends 7 Uhr:

Des Räubers Umkehr.

Schauspiel in 3 Akten
von H. Houben.

Räubers Weihnacht.
Episode in einem Akt
von Houben.

Eintrittspreise: Vorverkauf 0,50 Mk., Abendkasse 0,75 Mk., Mitglieder 0,30 Mk., Kinder 0,25 Mk.

Die Kindervorstellung
ist am **Sonntag, den 29. Januar,** nachmittags 3 Uhr.

Es ladet freundlichst ein der
Kath. Lehrlingsverein.

Vorverkauf: Mitglieder und Hausmeister Blömer.

Junokreuzbund

Sonntag, 22. Januar, abends 7,30 Uhr im Jugendheim Dietrichstraße:

Theater-Aufführung

für die Oeffentlichkeit
des Stückes

Friede den Menschen

Schauspiel in 5 Aufzügen
für die heilige Weihnachtszeit von Franz Fischer

Eintritt für Mitglieder des Kreuzbundes 30 ₰
sonst 50 ₰



Krieger-Verein Rhede

Am **Sonntag, den 22. Januar,** nachmittags **5 Uhr** beginnend, findet im Saale des Herrn Hengstermann das diesjährige

Winterfest

statt, wozu die Mitglieder mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen werden. Fremde haben keinen Zutritt, dagegen können Ansässige durch Mitglieder eingeführt werden.

Der Vorstand.

Zu dieser Veranstaltung erscheinen sämtliche Offiziere unbedingt komplett, die Kameraden in Mütze. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Der Oberst.

Oeffentliche Bauern-Versammlung!

Am Sonntag, den 22. 1. findet in

Werth

gleich nach dem Hochamt um 11¼ Uhr bei **te Breul,** um 4 Uhr nachm. in

Holtwick

in der Wirtschaft **Quartier,** eine öffentliche Versammlung von seiten des Westf. Bauernbundes statt.

Freibank

Freitag nachmittag um 2 Uhr u. Samstag vormittag um 10 Uhr ist **Rindfleisch** zu 50 und 40 Pfg. je Pfund zu haben.

---

50 Mark Belohnung

demjenigen, der Brautpaar

2–3 Zimmer

besorgt, seit 2 Jahren beim Wohnungsamt eingetragen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Inventur-Verkauf

Die noch vorrätigen Restbestände habe nochmals im Preise ermäßigt.

Auf Mäntel, Jackenkleider und Wollkleider gewähre ich trotz der herabgesetzten Preise nochmals 10% Rabatt.

Mode-Salon Bella Cohen,
Niederbruchstr. 21. *Telefon 2459.*

Lebensmittel

Margarine	stets frisch, p. Pfd. nur	**0,48**	
Schmalz,	garantiert rein, p. Pfd nur	**0,78**	
Holländer Käse	per Pfd. nur	**0,80**	
Schweizer Käse	per Pfd. nur	**1,65**	
Limburger Käse	per Pfd. nur	**0,55**	
Auszugmehl	5 Pfund-Beutel	**1,35**	
Zucker	p. Pfd. nur	**0,29**	
Salatöl	p. Ltr. nur	**0,78**	
Hiesig Bauchspeck	Pfd. nur	**1,20**	
Schnittbohnen	½ Dose nur	**0,58**	
Bredbohnen	½ Dose nur	**0,60**	
Junge Erbsen	½ Dose nur	**0,75**	
Pflaumen m. Stein	½ Dose nur	**0,70**	
Apfelmus	½ Dose nur	**0,65**	
Aprikosen	½ Pfd. nur	**1,35**	
Birnen	weiß, halbe Frucht, ½ Dose nur	**0,65**	
Birnen	½ Dose nur	**1,20**	

Heinr. Hill,
Bocholt.

Capitol-Theater

Das führende Haus Westfalens.

Ab heute (Freitag):
2 KANONEN

HARRY PIEL!
Deutschlands bester Sensationsdarsteller im Film.

TARZANO!
Der bekannte Filmdarsteller, Deutschlands jüngstes und bestes Kunstphänomen.
persönlich.

Zunächst **HARRY PIEL:**



Rätsel einer Nacht

Ein Film, dem durch sensationelle Geschehnisse der Ruf vorausgeht, das beste von ihm geschaffene Werk zu sein.

10 Akte! **10 Akte!**

Persönliches Auftreten
TARZANO
Deutschlands jüngstes und bestes Kraftphänomen.
Expander ziehen 300-1200 Pfd. Spannkraft
Der stärkste Muskelmensch aller Zeiten.

Außerdem **HOOT GIBSON,** der König der Prärie, in seinem **7aktigen,** im wild verwegenen Westen spielenden neuen Film:

Hoot, der Teufelsreiter.